

porträt



Bundesjustizminister Richard JAEGER

Der neue Bonner Justizminister Dr. Richard Jaeger gehörte als Amtsgerichtsrat schon zur faschistischen Justiz. Bald nach dem Zusammenbruch des Nazireiches trat er der CDU in Westdeutschland bei und wurde Staatsbesitzer. Er gehört zu den Begründern der „Jungen Union“, der bekannten Schlägergarde der Westdeutschen Nachrichten. 1949 wurde er in den Bundestag aufgenommen, wo er seit 1953 die Funktion eines Vizepräsidenten ausgeübt hat. Als „Militär-experte“ der CDU war er außerdem Vorsitzender des „Verteidigungsausschusses“ im Bundestag. Als Mitglied der „Abendständischen Akademie“ und des „Bundes deutscher Föderalisten“ sowie als Präsident der „Deutschen Atlantischen Gesellschaft“ erwies sich Jaeger als wirriger Vertreter der revanchistischen und antinationalen Ziele der westdeutschen Imperialisten und Militaristen. Entsprechend seiner reaktionären Haltung strebt Jaeger nach engen Kontakten zu den extremsten Kräften der internationalen Reaktion, wie Franco, Salazar, Verwoerd und Tschiang Kai-schek. Bereits 1954 forderte er ein „Schutz- und Trutz-Bündnis“ gegen die „Bedrohung aus dem Osten“. Er drängte darauf, Westdeutschland atomar zu bewaffnen und Raketenabschussbasen zu schaffen. Die ganze Unmenschlichkeit dieser Forderung gipfelt darin, daß er sich nicht scheute, Atombombenangriffe auf Dresden oder Leipzig öffentlich zu propagieren! Dieser Mann mit diesen verbrecherischen Plänen zeichnet hauptverantwortlich für die Entwicklung in der westdeutschen Justiz. Er gilt als wichtigste Stütze der Erhard-Regierung. Als Justizminister besitzt er im Bonner Kabinett ein suspensives Veto und kann damit auf Regierungsebene die volkfeindlichen Forderungen der von ihm vertretenen westdeutschen Ultras durchsetzen lassen.

Bereits bei seinem Amtsantritt ließ er verlautbaren, daß er sich zunächst um den Fortgang der Arbeiten an der Großen Strafrechtsreform bemühen wird. Der reaktionäre Charakter dieser „Reform“ kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß eine Reihe verfassungsmäßig garantierter Grundrechte der Bürger (Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Recht der freien Meinungsäußerung usw.) weitgehend eingeschränkt werden sollen. Weiterhin ist eine erhebliche Strafverschärfung vorgesehen, insbesondere hinsichtlich der Staatschutztatbestände (Landesverrat, Hochverrat usw.).

Gespräche zwischen Bürgern beider deutscher Staaten mit dem Ziele der Verständigung über eine Annäherung auf dem Wege der Konföderation würden beispielsweise als „Gefährdung des Bestandes der Bundesrepublik“ unter Strafe gestellt.

In diesem Zusammenhang spricht sich Jaeger für die Aufnahme eines Tatbestandes „Journalistischer Landesverrat“ in das westdeutsche Strafrechtsgesetz aus. Er will damit erreichen, daß jeder Journalist, der sich gegen die Verhältnisse in Westdeutschland wendet, ohne Einschränkung strafrechtlich verfolgt werden kann. Der Bonner Justizminister fordert damit weitere Einschränkungen der verfassungsmäßig garantierten Rechte in Westdeutschland.

Im „Tagesspiegel“ vom 27. 10. 1965 heißt es: „In einem Zeitungsinterview sagte der Minister gestern: Ich werde meine ganze Energie in den nächsten 4 Jahren der Strafrechtsreform zuwenden und sie im Rahmen des Grundgesetzes – das heißt ohne Wiedereinführung der Todesstrafe – zu vollenden versuchen.“

Bis Anfang dieses Jahres trat Jaeger öffentlich für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein, angeblich um den immer häufiger werdenden Gewaltverbrechen in Westdeutschland mit abschreckenden Maßnahmen begegnen zu können. Die große Mehrheit der Bürger in Westdeutschland ist gegen eine Wiedereinführung der Todesstrafe, wie Meinungsumfragen ergeben.

Man muß die Diskussion um die Wiedereinführung der Todesstrafe (sowohl als 1949 durch das Grundgesetz abgeschafft worden ist) im Zusammenhang mit der Debatte um die Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen sehen. Als zu erwarten war, daß ab 8. Mai 1965 eine Generalamnestie für alle schwerbelasteten Nazis in

porträt

„formierten Gesellschaft“

zitate

„Vorwärts“, 3. November 1965:

Göttingen. „Bin heute abend eingeladen“, strahlte der Physikstudent im 3. Semester. „Zum Essen? „Nein, zum Wannenbad.“ Er ist das, was man in Akademikerkreisen ein „Honneter Modell“ nennt: seine Eltern verdienen gerade wenig genug, daß er förderungswürdig ist. Monatlich erhält er 250 DM vom Staat, und das reicht nicht hinten und nicht vorn. Zum Baden im Winter schon gar nicht.

1963, als noch andere Preise galten, haben Fadelleute ausgerechnet, wofür die Studenten ihre Förderungs-Groschen ausgeben müssen: Ernährung 132 DM, Wohnung 75 DM, Kleidung 40 DM, Lommittel 25 DM, Verkehrsmittel 12 DM, Körperpflege 9 DM, Konzert und Zeitung 9 DM, Sozialbeitrag 7 DM, Sonstiges 11 DM, Macht 230 DM. Da fehlen schon mal 70. Gemessen an den Preisen von 1963.

Wer mit den oben angegebenen Summen auskommen will, darf für sein Frühstück 0,80 DM, fürs Mittagessen 1,20 DM und für den Abend 2,20 DM aufwenden. Da helfen nur Mensen und Selbstverpflegung. Was die Wohnung betrifft, verlangen selbst Studentenwohnheime bis zu 90 DM – und da

Ein Student darf ins Bad

kommen nur 11 Prozent der Studenten unter.

Kleidung: 14 DM gehen für Waschen und Reinigung ab, für die verbleibenden 26 bekommt man nicht einmal eine billige Hose. Lommittel: völlig unzureichend, zumal für Naturwissenschaftler.

Studenten müssen sich, leider, rasieren, sogar waschen wollen sie sich fast täglich. Mit 9 DM kann man sich solchen Luxus nur mit Kernseife leisten. Kulturelle Bedürfnisse überhaupt sollte man sich als geförderter Student abgewöhnen – 9 DM sind schnell verputzt.

Ebenso nicht ratsam für einen Studenten ist eine Krankheit. Eine Krankenversicherung existiert zwar, aber so unentschiedlich in den Universitätsstädten, daß viele den Sozialbeitrag sparen, auf den lieben Gott und Tempo-Taschentücher bauen und die 7 DM anderweitig ausgeben.

Na, und sonst: man will mal telefonieren, einen Brief schreiben, sich was gegen Grippe kaufen. Man ist Mitglied in einem Verband oder einer Partei – man soll sich ja engagieren.

Preisfrage: kommt ein normaler Mensch bei bescheidensten Ansprüchen mit den paar Mark monatlich aus? Aber natürlich: Studenten haben leichter. Man landet sie manchmal zum Baden ein.

Straßenschlacht um Zimmer

„Süddeutsche Zeitung“, 26. 10.:

Bevor sich Münchens Studenten wieder um einen Platz in den Hörsälen rauten, mußten viele von ihnen noch einen anderen, weit schlimmeren Kampf ausstehen: das Weltwimmeln um ein Zimmer. Lediglich 9 Prozent der Studenten können derzeit ein Unterkommen im Wohnheim finden.

Donnerstag abend, 19.30 Uhr: Etwa 300 junge Leute, Studenten und Studentinnen, belagern das Gebäude des Süddeutschen Verlages. Sie warten auf die ersten Exemplare der Freitagsgabe der Süddeutschen Zeitung, die an diesem Tag die meisten Zimmer- und Wohnungsanzeigen enthält.

19.34 Uhr: Ein VW verläßt das Verlagsgebäude. In Sekundenbruchteilen bleibt der Wagen in einer sich drängenden und schließenden Menge stecken. Ein Weiterfahren ist unmöglich. Keum ist es den beiden Zeitungsverkäufern, ebenfalls Studenten, gelungen, die Wagen zu öffnen und herauszukriechen, werden ihnen die hellerschreien Zeitungen mit Gewalt entrissen. Plötzlich sieht man nur noch Hände – als ob hier das erste Stück Brot seit einer Woche verteilt würde.

Ein Mädchen steht abseits und kämpft nicht um Zimmeranzeigen, sondern mit den Tränen. „Ich bin fast erdrückt worden“, sagt Monika R., Medizinstudentin im fünften Semester. Auch die beiden Volkswirtschaftsstudenten Peter S. und Gerhard M. gingen leer aus. Ihr genau ausgeklügelter Plan war gescheitert. Sie hatten sich eigens einen schnellen Wagen gemietet und waren sofort losgebraut, während ein dritter Kommilitone bei der in Frage kommenden Adresse

telefonisch vorläufige. Aber ihr schneller Wagen war eben nicht der schnellste. Als wir den beiden am nächsten Tag gegenüberstehen und uns ihre Erlebnisse schildern lassen, sind sie voller Pessimismus: „Die Situation ist geradezu grotesk“, berichtet Gerhard M., „seit fast 14 Tagen sind wir auf Zimmerjagd. Alles vergebens. Wir versuchen es mit Anzeigen, bei Zimmernachrichtern und beim Studentenwerk...“ Außerdem zogen die beiden Leidensgefährten, derzeit wohnhaft in einer Jugendherberge, durch mehrere Stadtteile, von Haus zu Haus, von Tür zu Tür. „So schlimm, wie vor diesem Semester, war’s noch nie.“ An die hundert Studenten rufen sich jeden Morgen um die drei oder vier Zimmer, die der Gerechtigkeit wegen, verlost werden. Bis vor kurzer Zeit war noch die Reihenfolge, in der die Zimmersuchenden erschienen waren, maßgebend. Das führte dazu, daß sich viele Studenten schon am Abend vorher, oft schon um neun oder zehn Uhr, mit Welldecken und Klappstühlen vor dem Frits-Beck-Studentenhaus niederließen.

Für deutsche Studenten kosten die meisten Buden je Monat 120 bis 130 Mark. Häufig werden dem Mieter auch noch Auflagen gemacht. So verlangte eine Wohnungsinhaberin einen nichtrauchenden Studenten, der eigene Bettwäsche mitbringt, immer Hauschuhe trägt, ordnungsliebend, häuslich und nicht über 175 Zentimeter groß ist. „Im Innern des Hauses“ keine Damenbesuche empfangt und neben einem fast einstündigen Anmarschweg zur Universität auch noch eine beträchtliche Miete in Kauf nimmt. „Mir wurde ein Zimmer umsonst angeboten“, erzählte die Philologiestudentin Bettina S. „Allerdings hätte ich dafür täglich von 7 bis 9 Uhr und von 15 bis 18.30 Uhr im Milchgeschäft der Vermieterin mitarbeiten müssen. Da hätte ich gleich mein Studium an den Nagel hängen und Milchverkäuferin werden können.“ Übliche Ansprüche sind Babysitting, Nachhilfeunterricht und Haushaltshilfe. Bei Bereitschaft zu solchen Diensten ist es nicht schwierig, ein Zimmer für etwa 80 Mark zu finden, das dann aber, die Arbeitszeit eingerechnet, schließlich doch 200 bis 250 Mark kostet.

zitate

Stiefkind Wissenschaft in der

„Bereinigt“

Studenten in Nordrhein-Westfalen blieb es vorbehalten, festzustellen, daß sie eigentlich illegal sind – jedenfalls alle ihre Verbände, Organisationen, Vertretungen! Nachdem vor vier Jahren ein Gesetz zur „Bereinigung“ bisher gültig gewesenen preußischen Rechts erlassen wurde, ist die einzige gesetzliche Grundlage für die studentische Selbstverwaltung ein nicht außer Kraft gesetztes „Reichsgesetz“ der Nazis, das diese Selbstverwaltung verbietet! Bleibt die Frage, ob das Taktik ist – man könnte die Studenten, falls sie aufständig werden, mal dran erinnern – oder ob im eifrigen Bemühen ums Notstandsrecht das Nazirecht einfach „übersehen“ wurde.

wissenschaft

fakten

Elektronenstrahl „liest“ Blockschrift

Einen Elektronenstrahl Blockschrift „lesen“ zu lassen, gelang dem japanischen Physiker Sezeki vom Tokioter Matusushita-Forschungsinstitut. Er läßt den Elektronenstrahl zunächst auf sich mit jeder Drehung verengenden Bahnen spiralförmig um jeden einzelnen Buchstaben kreisen. Wenn der Elektronenstrahl einen Strich berührt, folgt er ihm und löst über einen Schaltkreis alle schon berührten Teile dieses Striches aus. Vom Strichende kehrt er auf die „Suchspirale“ zurück, bis für einen Buchstaben alle Striche erlaubt worden sind. Vom Mittelpunkt einer Spirale springt der Strahl auf die Suchspirale des nächsten über.

fakten

Zu schlechte Bezahlung

Insgesamt 206 Mitarbeiter der westdeutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt haben die Anstalt zwischen 1. Januar 1964 und 31. Juli 1965 verlassen, darunter 60 Wissenschaftler. Das entspricht 27 Prozent des Gesamtpersonals. Über ein Viertel der Wissenschaftler wanderte ins Ausland ab. Der Vorstand erklärte: „Die Gründe hierfür sind in erster Linie in den teilweise enormen Besoldungsunterschieden zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland zu sehen.“ Hinzu komme, daß auch die deutsche Industrie mit wesentlich besseren finanziellen Bedingungen lockte, als sie der Bund bietet.

Unsichere Perspektive

Zur Deckung des vorgesehenen Etats im Land Niedersachsen fehlen 400 Millionen Mark. Bezeichnenderweise wird sich die größten Kürzungen das Kulturbudget gefallen lassen müssen, womit der seit Jahren propagierte und teils auch schon recht makaber begonnene Göttinger Universitätsneubau (vgl. „Lebensgefährlicher Prusch am Göttinger Chemie-Neubau“, UZ 7/85) erneut gefährdet ist.

Station geschlossen

Der neue Rektor der Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Friedrich, teilte mit, daß in Westdeutschland gegenwärtig 50 000 Studienplätze fehlen. Nur 220 Medizinstudenten konnten in Erlangen für dieses Semester immatrikuliert werden – über 1000 hatten sich jedoch gemeldet. Auch der Bau von Schwesternwohnungen ist in Erlangen überaus dringlich, wegen Personalmangels hatte erst kürzlich an einer Universitätsklinik eine Station mit 100 Betten geschlossen werden müssen.

39 Ordinariate unbesetzt

Der scheidende Rektor, Prof. Franz, hat aus Anlaß der Rektorsatsübergabe scharfe Kritik an den Zuständen in der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. Main geübt. Unter anderem stellte er fest, daß gegenwärtig 39 Ordinariate und sechs Exordinariate unbesetzt sind, außerdem lassen die Enke kein zufriedenstellendes Arbeiten zu. In den Instituten spotteten die Arbeitsbedingungen jeder Beschreibung.

Mehr Werkstudenten

22 Prozent der westdeutschen Studenten sind gezwungen, sich ihr Studium durch Werkarbeit zu verdienen. Bemerkenswert ist die Feststellung der V. Hochschulkonferenz in Westberlin, wonach diese Zahl infolge unzureichender Stipendiensätze weiter ansteigt.

porträt

Westdeutschland eintreten würde, begannen sich reaktionäre Kreise in Westdeutschland (um Adenauer, Jaeger, Strauß u. a.) mit der Wiedereinführung der Todesstrafe zu befassen. Kummert sollen die Nazi- und Kriegsverbrechen in Westdeutschland 1968 verjähren, und im Bundestag wird nicht mehr über die Wiedereinführung der Todesstrafe debattiert. In einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. 11. 1965 sagte Dr. Jaeger ganz offen:

„Das menschliche Leben ist so heilig, daß Mord nur mit der Todesstrafe gestraft werden kann. Aber es braucht niemand Angst zu haben, ich werde in den nächsten Jahren nicht für sie sprechen.“

Der Zweck ist offensichtlich: Man will nicht riskieren, daß schwerbelastete Nazi- und Kriegsverbrecher, die heute in Westdeutschland unbehelligt leben und zum Teil hohe Funktionen in Staat und Wirtschaft bekleiden, für die Zeit bis zur geplanten „Verjährung“ ihrer Verbrechen keiner solchen Strafandrohung unterliegen. Erst wenn „keine Gefahr“ mehr für die Nazi- und Kriegsverbrecher in Westdeutschland besteht sollte, will man sich erneut um die Wiedereinführung der Todesstrafe bemühen. Sie wird von den revanchistischen und militaristischen Kräften in Westdeutschland zur Durchsetzung ihrer völkerverfeindlichen Ziele gefordert.

Man erkennt, daß der neue Justizminister Dr. Jaeger in der westdeutschen Justiz eine weitere Verhärtung von Reaktion und Revanchismus herbeiführen wird.

Es kommt darauf an, wachsam zu sein, daß nicht noch die letzten demokratischen Rechte der Bürger in Westdeutschland beseitigt werden. Borchardt

AM MONTAG, DEM 9. JANUAR, stelle die „Oberhessische Presse“, die einzige Tageszeitung Marburgs, noch zweifelt die Frage: „Kommt Volkstammerpräsident Dieckmann nach Marburg?“ Als es am darauffolgenden Tag zur Gewißheit geworden war, setzen die schwarzen Kräfte, von der CDU gelenkt, zum wütenden Sturm auf gegen den Besuch Dr. Dieckmanns an. Die Hauptgegner des gesamtdeutschen Gesprächs blieben aber vorerst im Hintergrund. Die erste Attacke rief die Junge Union der CDU. Sie verlangt kategorisch, die Veranstaltung abzusagen und den prominenten Gast aus der DDR wieder – „auszuladen“, freigesetzt.

Aus UZ vom 31. Januar 1961 Begründer und führender Funktionär der Jungen Union, die sich bei den Marburger Kravallen gegen Professor Dieckmann so unruhig hervortat – auch das ist Jaeger.

In 14 Tagen: Gerhard STOLTENBERG

Porträt eines Wissenschaftsministers



porträt